

Circular Economy stärken – Die Unabhängigkeit Nordrhein-Westfalens in geopolitisch angespannter Lage sichern

Drucksache 18/20427 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller:

CDU

GRÜNE

Umwelt

Wirtschaft

Industrie

Klima

Nachhaltigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die systematische Stärkung der Kreislaufwirtschaft in NRW als Schlüssel für Klimaschutz, Rohstoffsicherheit, wirtschaftliche Resilienz und regionale Wertschöpfung — mit konkreten Maßnahmen auf allen politischen Ebenen.

KERNFORDERUNGEN

- Landeskreislaufwirtschaftsstrategie
- Reform der öffentlichen Beschaffung
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren
- Förderung von Recyclingtechnologien (Batterien, Kunststoffe, Bau)
- EU- und Bundeslobbying für zirkuläre Regelungen

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert Kreislaufwirtschaft als zentrales Gemeinwohlprinzip mit klarem Bezug zu allen fünf GWÖ-Werten: Menschenwürde (Ressourcensicherheit als Grundlage für Lebensgrundlagen), Solidarität (regionale Wertschöpfung, KMU-Förderung, soziale Teilhabe durch Arbeitsplätze), Ökologische Nachhaltigkeit (Schließung von Stoffkreisläufen, Klimaschutz, Biodiversitätsschutz durch Reduktion von Primärrohstoffabbau), Soziale Gerechtigkeit (Förderung ländlicher Räume, faire Beschaffung, Reparaturanreize) und Transparenz & Mitbestimmung (digitale Produktpässe, BIM, Bürgerbeteiligung implizit über Informationsangebote). Er berührt insbesondere die Berührungsgruppen A (Lieferketten), B (öffentliche Beschaffung), C (Verwaltungshandeln), D (Bürger:innen und Wirtschaft) und E (globale Verantwortung).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Systematische Verknüpfung von Kreislaufwirtschaft mit Sicherheitspolitik und geopolitischer Resilienz
- Konkrete Umsetzungsmaßnahmen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene
- Starke Berücksichtigung von KMU und ländlichen Räumen
- Integration digitaler Werkzeuge (BIM, digitale Produktpässe)

Schwächen

- Keine explizite Verbindung zu sozialen Auswirkungen der Transformation (z.B. Qualifizierung, Arbeitszeit)
- Unklare Finanzierung der neuen Instrumente
- Fehlender Bezug zu Geschlechtergerechtigkeit oder Kinderrechten

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDIGKEIT	SOLIDARITÄT	NACHHALTIGKEIT	GERECHTIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:INNEN	•	•	++	•	•
B • FINANZEN	•	++	•	•	•
C • VERWALTUNG	++	•	•	•	•
D • BÜRGER:INNEN	•	++	•	++	•
E • GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	++	•	•

++ stark fördernd + fördernd 0 neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

A3 Klimaschutz in Lieferketten Bewertung: +5

Strategische Rohstoffsicherheit als Beitrag zur Klimaresilienz

E3 Globale ökologische Verantwortung Bewertung: +5

Reduktion globaler Lieferkettenrisiken, EU- und Bundesebene aktiv gestalten

B2 Gemeinwohlorientierte öffentliche Beschaffung Bewertung: +4

Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei Rezyklaten und Kreislaufprodukten

C1 Rechtlicher Rahmen für nachhaltiges Handeln Bewertung: +4

Vereinfachung von Genehmigungen, Erlassregelungen zum Abfallende

CDU

ANTRAGSTELLER: IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt exakt die CDU-Kernpositionen wider: 'Landesstrategie zur Förderung einer Circular Economy' (Q1), 'Baustoffrecycling, 3D-Druck, innovative Dämmstoffe' (Q2), 'Klimaschutz als Jobmotor' (Q4), 'ambitioniertestes Klimaschutzgesetz' (Q5) und 'Kreislaufwirtschaft als grundlegendes Prinzip' (Q7). Alle zentralen Formulierungen sind wörtlich aus dem Wahl- und Grundsatzprogramm übernommen.

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaft krisensicherer wird und internationale Lieferketten weniger anfällig werden. ● Im Hinblick auf die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe, die Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und die Reduktion von Treibhausgasen werden wir eine Landesstrategie zur Förderung einer Circular Economy entwickeln.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 37

PARTEIPROGRAMM

9/10

Vollständige Übereinstimmung mit dem CDU-Grundsatzprogramm 2024: 'Schöpfungsverantwortung', 'soziale und ökologische Marktwirtschaft', 'Kreislaufwirtschaft als Zukunftspotenzial' (Q7), 'Subsidiarität' (Q9) und 'Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen'.

„Wir wollen Kreislaufwirtschaft als grundlegendes Prinzip zur Schließung von Stoffkreisläufen etablieren; sei es für Ressourcen w...“

CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 67

SPD**WAHLPROGRAMM**

7/10

Der Antrag ist weitgehend kompatibel mit SPD-Zielen: 'Tariftreue bei Vergaben' (implizit durch öffentliche Beschaffung), 'sozial gerechte Transformation', 'Klimaneutralität 2040'. Allerdings fehlt expliziter Bezug zu sozialen Aspekten wie 'Arbeitszeitverkürzung', 'Flächentarifvertrag' oder 'Kinderarmut'. Der Fokus liegt stärker auf industrieller Resilienz als auf sozialer Absicherung der Transformation.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Passt zum Hamburger Programm: 'ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte' (Q20), 'gerechte Verteilung', 'starke Gewerkschaften'. Aber fehlt explizite Verknüpfung von Kreislaufwirtschaft mit 'Demokratischem Sozialismus' oder 'Vorsorgendem Sozialstaat'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist nahezu wörtlich aus dem Grünen Wahlprogramm 2022 abgeleitet: 'Abfälle sind für uns kein Müll' (Q11), 'Quoten für recycelte Baustoffe' (Q12), 'Bioökonomie mit nachwachsenden Rohstoffen' (Q13), 'schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten' (Q14), 'Branchenverträge mit Zivilgesellschaft' (Q15). Alle Kernforderungen sind direkt abgebildet.

„Abfälle sind für uns kein Müll...“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 41

„Im Rahmen unserer neuen Landesbauordnung werden wir erstmals feste Quoten für die Verwendung recycelter Baustoffe wie z. B. Kies, Sand oder Festgesteine festschreiben.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 53

PARTEIPROGRAMM

10/10

Perfekte Übereinstimmung mit dem Grünen Grundsatzprogramm 2020: 'planetare Grenzen' (Q17), 'sozial-ökologische Transformation' (Q19), 'öffentliche Güter in öffentlicher Hand' (Q19), 'Regionalisierung in kritischen Bereichen' (Q20), 'Handwerk als Voraussetzung für Stadt der kurzen Wege' (Q16).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

6/10

Teilweise kompatibel: 'Technologieoffenheit' (Q21), 'Innovation', 'Markt entscheiden lassen' (Q22). Aber widerspricht der FDP-Linie zur 'Radikalen Entrümpelung' (Q23) — der Antrag fordert neue regulatorische Instrumente (Erlassregelungen, Qualitätsstandards). Auch fehlt die FDP-Kernposition 'gegen Verbote' — hier wird aktive Steuerung gefordert.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Teilweise übereinstimmend mit 'Freie Marktwirtschaft' (Q24), aber widerspricht 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q25) und 'gegen Bevormundung' (Q26), da der Antrag staatliche Lenkung und Normierung vorsieht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt 'Energiewende' ab (Q27), befürwortet 'Kernkraft und Kohle' (Q28), lehnt 'EU-Regulierung' ab (Q29). Der Antrag basiert vollständig auf EU-Rahmen (Critical Raw Material Act, Circular Economy Act, RESourceEU) und fördert genau jene 'Planwirtschaft' und 'Brüsseler Bürokratie', die die AfD ablehnt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Vollständiger Widerspruch zu 'Gegen Energiewende' (Q27), 'Nation als Souveränität' (Q30), 'gegen Subventionen' (Q31). Der Antrag setzt auf EU-Koordination, staatliche Förderung und Regulierung — alles Kern-AfD-Gegenthemen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die öffentliche Hand vergibt deutschlandweit Aufträge in Höhe von rund 500 Mrd. Euro jährlich und kann daher über die eigene Nachfrage einen entscheidenden Hebel zur Etablierung von kreislauffähigen Produkten am Markt darstellen.

Die öffentliche Hand vergibt deutschlandweit Aufträge in Höhe von rund 500 Mrd. Euro jährlich und muss daher über die eigene Nachfrage einen entscheidenden Hebel zur Etablierung von kreislauffähigen Produkten am Markt darstellen — unter Einhaltung gesetzlicher Tariftreue und Mindestlohnstandards.

Begründung: Stärkt den Bezug zu sozialer Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (B2) sowie zur SPD- und Grünen-Forderung nach Tariftreue bei Vergaben.

Vorschlag 2 von 3

Original: Zudem braucht die Industrie ein praktikables und flexibles Bilanzierungssystem zur Allokation zirkulärer Eigenschaften auf verschiedene Produkte.

Zudem braucht die Industrie ein praktikables und flexibles Bilanzierungssystem zur Allokation zirkulärer Eigenschaften auf verschiedene Produkte, das auch soziale und ökologische Lebenszykluskosten transparent macht.

Begründung: Verbindet ökologische Nachhaltigkeit (A3/E3) mit sozialer Gerechtigkeit (D4) und stärkt Transparenz (D5) durch ganzheitliche Lebenszyklusbetrachtung.

Vorschlag 3 von 3

Original: Die Nutzung nachhaltiger Baustoffe wie beispielsweise Rezyklate oder Holz durch private wie öffentlich-rechtliche Bauträger zu fördern

Die Nutzung nachhaltiger Baustoffe wie beispielsweise Rezyklate oder Holz durch private wie öffentlich-rechtliche Bauträger zu verpflichten, insbesondere bei öffentlichen Bauvorhaben ab einer bestimmten Größe.

Begründung: Stärkt die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (B2), erhöht die Wirksamkeit der Maßnahme und schließt das Feld D4 (soziale öffentliche Leistung) stärker ein.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · MMP18-128

Ja: CDU GRÜNE Nein: AfD FDP Enth.: SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/20427

Circular Economy stärken · Die Unabhängigkeit Nordrhein-Westfalens in ge·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Circular Economy stärken – Die Unabhängigkeit Nordrhein-Westfalens in geopolitisch angespannter Lage sichern

I. Ausgangslage

Die aktuellen Ölpreisschocks und Lieferkettenengpässe verdeutlichen die Notwendigkeit strategischer Unabhängigkeit – insbesondere von fossilen Rohstoffen. Das Schließen von Stoffkreisläufen hilft, die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu reduzieren und in diesem Zuge die eigene Resilienz zu erhöhen. Gelingt dies, ist Nordrhein-Westfalen Engpässen in globalen Lieferketten, Preisschwankungen auf dem Weltmarkt oder politischer Willkür autoritärer Regierungen in geringerem Maße ausgesetzt. Kreislaufwirtschaft hat daher auch eine sicherheitspolitische Dimension und ist ein Schlüssel für Rohstoffsicherheit, Souveränität und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und steht damit im Zentrum der Dekarbonisierungsanstrengungen. Hier zeigen sich wie unter einem Brennglas die Chancen und Herausforderungen der Transformation hin zu einem klimaneutralen Industriestandort. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur ist die Etablierung einer funktionierenden Circular Economy bzw. Kreislaufwirtschaft ein zentraler Hebel, um Ressourcen effizient und umweltverträglich zu nutzen, industrielle Prozesse zu dekarbonisieren und nationale sowie internationale Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Kreislaufwirtschaft ist und bleibt ein wichtiger Faktor einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

Zirkularität ist dabei nicht nur umwelt- und klimapolitisch geboten, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Durch einen geringeren Primärrohstoffverbrauch und weniger Downcycling können Stoffkreisläufe geschlossen und die Ressourceneffizienz gesteigert werden. Das stärkt den Industriestandort Nordrhein-Westfalen sowie die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen, sichert regionale Wertschöpfung, schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze und eröffnet die Chance, eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen. Nordrhein-Westfalen hat sich das Ziel gesetzt, mit der Kreislaufwirtschaft auch Leitmärkte zu etablieren – ganzheitlich und intersektoral. Dafür braucht es einen optimierten Rechtsrahmen, um die Verfügbarkeit und Nutzung von alternativen Rohstoffen und Sekundärrohstoffen voranzubringen.

Wichtige Weichenstellungen für die Rohstoffversorgung der heimischen Wirtschaft geben der Critical Raw Material Act der EU-Kommission und der für 2026 angekündigte Circular Economy Act vor. Auch der Clean Industrial Deal sowie der Aktionsplan „RESourceEU“ der EU-Kommission wirken rahmengebend. Hierbei nehmen u.a. die Förderung von

Ressourceneffizienz, die Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs und europaweit einheitliche regulatorische Rahmenbedingungen für die Kreislaufwirtschaft eine zentrale Rolle ein. Außerdem sollen sowohl in strategischen Sektoren auf EU-Ebene die Kriterien Nachhaltigkeit, Resilienz und europäische Präferenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Berücksichtigung finden, als auch der Zugang zu kritischen Rohstoffen gesichert werden, wobei der gezielte Ausbau der Kreislaufwirtschaft eine zentrale Rolle einnimmt.

Kreislaufwirtschaft ist in Deutschland heute bereits in vielen Bereichen Realität. So werden bei Metallen und Papier hohe Recyclingquoten erreicht. Die Recyclingquote liegt bei Glasverpackungen bei rund 83 Prozent, bei Papier und Karton bei etwa 88 Prozent und bei Metallen bei über 90 Prozent. Auch bei Kunststoffverpackungen wurden zuletzt rund 71 Prozent werkstofflich recycelt. Gleichzeitig bestehen insbesondere bei Kunststoffen, Verbundmaterialien sowie bei kritischen Rohstoffen aus Batterien, Elektronikgeräten und anderen Zukunftstechnologien weiterhin erhebliche Potenziale zur Schließung von Stoffkreisläufen.

Zahlreiche Branchen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen arbeiten an Lösungen, CO₂ abzuscheiden, zu transportieren und weiterzuverarbeiten, anstatt es in die Atmosphäre entweichen zu lassen. Wenn der Einsatz von petrochemischen Rohstoffen so gesenkt werden kann und klimaneutrale, zirkuläre Kunststoffe und Produkte entstehen, ist das ein Gewinn für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie und für Klimaschutz. Die Politik muss den dafür notwendigen rechtlichen und regulatorischen Rahmen bereitstellen.

Die schwarz-grüne Landesregierung kann bereits zahlreiche Erfolge im Bereich Circular Economy vorweisen. Die Aktivitäten der Effizienz-Agentur.NRW wurden neu ausgerichtet und orientieren sich jetzt am Leitbild der Circular Economy, u.a. über die Circo-Workshops, den Circular Design Summit und den NRW-Preis Ressourcenschonung. Die von der Landesregierung geförderten Aktivitäten der Circular Valley Stiftung, insbesondere das Circular Valley Forum in Wuppertal, die Circular Valley Convention in Düsseldorf und auch die weiteren Vernetzungs- und Start-Up-Aktivitäten haben der Zirkularitätsdiskussionen in Wirtschaft und Politik wichtige Impulse gegeben. Die neue Leitstelle für Circular Economy bei NRW.Energy4Climate vernetzt und berät die zentralen Akteure der Kreislaufwirtschaft. Das neu aufgelegte Programm NRW.Bank.Invest.Zukunft ermöglicht Investitionen in Zukunftstechnologien durch zinsvergünstigte Darlehen, auch im Bereich Kreislaufwirtschaft. Durch den Förderwettbewerb "CCU-Modellregionen NRW" werden Projekte unterstützt, die eine Kreislaufführung von Kohlenstoff voranbringen. ZukunftBIO.NRW fördert Innovationen in der Entwicklung biobasierter Rohstoffe sowie deren Recycling. Im Rahmen der EU-Förderprogramme für regionale Entwicklung EFRE und JTF sind zahlreiche Projekte im Bereich Kreislaufwirtschaft gefördert worden - etwa durch die Förderaufrufe "Produktives.NRW – Kritische Technologien für Nordrhein-Westfalen" und „Zirkuläre Produktion NRW“ (Entwicklung von zirkulären Produkten und Prozessen) des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie „Circular Economy – Circular Cities.NRW“ des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr. Auch die Unterstützung von innovativen Startups (z.B. durch Businessplan-Wettbewerbe, Gründer Preise und Green Business Angels) ist ein wichtiges Element, um überregionale und lokale Wirtschaftsakteure zu stärken, Wirtschaftskreisläufe vor Ort zu schließen und neue Impulse zu setzen. Im laufenden Jahr wird die Landesregierung eine Landeskreislaufwirtschaftsstrategie veröffentlichen, um politische Ziele im Bereich Circular Economy zu setzen und Maßnahmen und Handlungsfelder zur Umsetzung zu definieren. Diese Strategie knüpft an die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie an, wird in bestehende Strategien und Gesetzgebung auf EU-, Bundes- und Landesebene eingebettet.

Die öffentliche Hand vergibt deutschlandweit Aufträge in Höhe von rund 500 Mrd. Euro jährlich und kann daher über die eigene Nachfrage einen entscheidenden Hebel zur Etablierung von kreislauffähigen Produkten am Markt darstellen. Das öffentliche Auftragswesen sollte daher in

seinen Ausschreibungen insbesondere kreislauffähige und recycelte Produkte berücksichtigen, wie es in § 2 des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes (LKrWG) bereits angelegt ist, sofern keine wesentlichen Mehrkosten entstehen. So kann darauf hingewirkt werden, dass im Rahmen einer umfassenden Wirtschaftlichkeitsprüfung neben dem Preis auch Zirkularität eine Rolle spielt. Es besteht außerdem das Potenzial, in einer Lebenszeitbetrachtung sogar Kosten langfristig einzusparen. Da es sich häufig um komplexe Vergabeverfahren handelt, brauchen die Beschaffungsstellen möglichst praxisnahe Unterstützung bei der nachhaltigen Ausrichtung ihrer Ausschreibungen. Das Land wirkt bspw. an der Bund-Länder-Fortbildungsinitiative nachhaltige Beschaffung mit. Durch eine Vereinheitlichung der Schulungen entsteht ein Mehrwert auch für die Wirtschaft, da damit ein Standardisierungseffekt einhergeht.

Zahlreiche Sektoren profitieren von einer Kreislaufführung ihrer jeweiligen Rohstoffe. In der Chemieindustrie können mechanisches und – ergänzend – chemisches Recycling von Kunststoffen eine nachhaltige Rohstoffversorgung sichern. Das mechanische Recycling ist dem chemischen Recycling unter Energieeffizienzgesichtspunkten in der Regel vorzuziehen. Dennoch bietet das chemische Recycling eine sinnvolle Ergänzung für Materialien, die sich mechanisch nicht wiederverwerten lassen. Die schwarz-grüne Koalition hat mit dem Antrag (Drucksache 18/8431) bereits wichtige Schritte unternommen, um auf Landesebene geeignete Rahmenbedingungen für das chemische Recycling zu schaffen. Nun sind die Bundesregierung und die EU gefordert, die Voraussetzungen für Investitionssicherheit zu schaffen und Innovationen zu fördern. Dazu gehört eine praxisorientierte, transparente Anrechnung von Rezyklaten, etwa durch eine Massebilanzierung nach dem „Fuel Use Exempt“-Ansatz sowie die Anerkennung als Recyclingpfad im Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz. Die Entwicklung biobasierter Rohstoffe kann die Anhängigkeit von fossilem Kohlenstoff reduzieren. In der Batterieproduktion wiederum gilt es, kritischer Rohstoffe wie Lithium, Nickel und Kobalt im Kreis zu führen und auf Effizienzgewinne im Produktionsprozess, die zu geringerem Rohstoffeinsatz führen, hinzuwirken. Wenn hohe Rückgewinnungsquoten erreicht und Rohstoffe in geschlossenen Kreisläufen gesammelt, aufbereitet und wieder in den Produktionsprozess überführt werden können, mindert dies Abhängigkeiten von Rohstoffimporten.

Gerade beim Batterierecycling sind in Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten neue Anlagen in den Probetrieb bzw. den Bau gegangen, die eine höhere Recyclingausbeute mit einem verringerten Energieeinsatz erreichen können. Die Landesregierung hat diese Anlagen, die auf Forschungsergebnissen von nordrhein-westfälischen Universitäten aufbauen, mit EFRE-Mitteln gefördert.

In diesem Zusammenhang kommt Raffinerien eine wichtige Rolle zu. Der Anteil zirkulärer oder biozirkulärer Einsatzstoffe in der heutigen Kraftstoffproduktion ist angesichts des Gesamtvolumens weiterhin sehr gering. Umso wichtiger ist es, die technische Mitverarbeitung („Co-Processing“) zirkulärer Rohstoffe in bestehenden Anlagen zu erproben und regulatorisch zu ermöglichen. So können diese Technologien im industriellen Maßstab etabliert, Märkte aufgebaut und langfristig geschlossene Kohlenstoffkreisläufe für Kraftstoffe und chemische Produkte erreicht werden. Zudem braucht die Industrie ein praktikables und flexibles Bilanzierungssystem zur Allokation zirkulärer Eigenschaften auf verschiedene Produkte.

Eine besondere Bedeutung kommt der Kreislaufwirtschaft im Bausektor zu, der große Potenziale für Zirkularität aufweist und maßgeblich zum Erreichen der Klimaziele beitragen kann. Die Baubranche ist bereits einige Schritte auf dem Weg zu mehr Ressourceneffizienz gegangen und hat insbesondere dafür gesorgt, dass bereits heute die technischen Möglichkeiten vorhanden sind, um Bauabfälle zu hochwertigen Sekundärbaustoffen zu recyceln. Zu nennen ist hier insbesondere eine vorbildhafte Nassaufbereitungstechnologie, die mit einer EFRE-Förderung an den Start gebracht werden konnte. Um diese Bemühungen zu unterstützen und einen investitionsfreundlichen Rahmen zu schaffen, ist es erforderlich, dass die

Genehmigungsvoraussetzungen für Recyclinganlagen im Bundes- und Landesrecht umfassend geprüft und vereinfacht werden. Zudem braucht es eine gezielte Bereitstellung von Flächen. Im noch laufenden Änderungsverfahren zum Landesentwicklungsplan (LEP) hat die Landesregierung daher bereits die Möglichkeit angelegt, dass Standorte für Recyclinganlagen von mineralischen Baustoffen unter bestimmten Voraussetzungen auch im Freiraum realisiert werden können. Verfahren wie das Nassrecycling bieten große Potenziale, um zusätzliche Stoffströme aufzubereiten, Schadstoffe auszuschleusen und so das Potenzial zu erhöhen, Primärrohstoffe durch nachhaltige Sekundärrohstoffe zu ersetzen. Auch der Holzbau und die Nutzung weiterer ökologischer Baustoffe, wie Stroh, Hanf, Schilf, Kork, Bambus, Lehm, etc. sind eine wichtige Grundlage für die nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Zudem sind sie wichtige Faktoren zur Stärkung des ländlichen Raums, durch Forstwirtschaft und verarbeitende Produktion in Sägewerken und Möbelindustrie. Auch für diese Wirtschaftszweige gilt es, ausreichende Rohstoffe und ihre Modernisierung bzw. Funktionsfähigkeit gerade auch im ländlichen Raum zu sichern.

Das nordrhein-westfälische Umweltministerium hat in Ermangelung einer Abfallende-Verordnung auf Bundesebene einen konkretisierenden Erlass vorgelegt, der Kriterien zur Bestimmung des Endes der Abfalleigenschaft gemäß § 5 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes (KrWG) für Recyclingbaustoffe der Materialklassen RC-1 bis RC-3 definiert. Zur Orientierung innerhalb der Baubranche wäre es hilfreich, wenn solche Kriterien für möglichst viele weitere Materialklassen vorgelegt würden, beispielsweise für Bodenmaterial, Ziegelmateriale oder Gleisschotter, idealerweise sogar für alle güteüberwachten, qualitätsgeprüften Ersatzbaustoffe mit positivem Marktwert.

Zirkuläres Wirtschaften soll zum Treiber für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen werden, Resilienz stärken und zur Rohstoffversorgung beitragen sowie den Klimaschutz voranbringen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Kreislaufwirtschaft bietet ein enormes Potenzial für ökonomische Innovation, Ressourcenschonung und Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen. Sie ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur Erreichung der internationalen Klima- und Nachhaltigkeitsziele. Als bedeutender Industriestandort, der die gesamte Tiefe und Breite der Wertschöpfung abdeckt, kann NRW mit einer gestärkten Circular Economy außerdem regionale Wertschöpfungsketten und zukunftsfähige Arbeitsplätze fördern.
- In Nordrhein-Westfalen ist die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft bereits auf einem guten Weg. Technische Fortschritte nehmen zu und die Marktbereitschaft wächst. Um die Entfaltung dieses Potenzials noch stärker zu fördern, soll der regulatorische Rahmen so weiterentwickelt werden, dass Innovationen und Investitionen weiter erleichtert und die Wiederverwendung sowie das Recycling von Materialien gegenüber der Primärnutzung gestärkt werden. Dazu müssen Genehmigungsverfahren weiter vereinfacht, klarere rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und auch die öffentliche Beschaffung ihrer Vorbildfunktion stärker gerecht werden.
- Der Landtag begrüßt die Erarbeitung einer Landeskreislaufwirtschaftsstrategie durch das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zur Schaffung einer umfassenden, innovativen und wettbewerbsfähigen Kreislaufwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, im Rahmen vorhandener Mittel und mit bestehendem Personal,

- Kreislaufwirtschaft als zentrales Transformationsthema intersektoral voranzutreiben.
- zusammen mit allen relevanten Akteuren die Kreislaufwirtschaft als wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Leitmarkt weiterzuentwickeln und zu stärken.
- neue Finanzierungsinstrumente für innovative Ansätze und Investitionen in der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln, um private und öffentliche Mittel wirksam zu mobilisieren.
- weitere Anreize für kreislaufwirtschaftliche Leistungen – insbesondere Reparatur, Wiederverwendung und Rezyklateinsatz – zu prüfen.
- sich im Bund für einen das sog. Co-Processing ermöglichenden regulatorischen Rahmen einzusetzen und entsprechende Demonstrationsvorhaben zu unterstützen.
- auf Bundesebene auf einen auf Investitionssicherheit ausgerichteten Recyclingpfad im Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz hinzuwirken.
- sich auf Bundesebene für eine zügige Regelung zum Abfallende einzusetzen, idealerweise in Form einer europäischen Regelung, um grenzüberschreitende Materialströme abbilden zu können. Die Regelung sollte das Ende der Abfalleigenschaft für möglichst viele Materialklassen von Sekundärbaustoffen ermöglichen und somit deren Vermarktungs- und Verwendungspotenzial bestmöglich ausschöpfen.
- bis zum Vorliegen einer Bundesregelung die NRW-Erlassregelung fortzuschreiben, um das Ende der Abfalleigenschaft auch für die mineralischen Ersatzbaustoffe Bodenmaterial und ggf. weitere wie Gleisschotter und Ziegelmateriale zu regeln.
- zu prüfen, für welche weiteren Stoffströme verbesserte Regelungen zum Ende der Abfalleigenschaft notwendig sind, um sie einfacher im Produktkreislauf führen zu können, und sich auf der jeweils zuständigen Ebene für entsprechende Regelungen einzusetzen.
- die Nutzung nachhaltiger Baustoffe wie beispielsweise Rezyklate oder Holz durch private wie öffentlich-rechtliche Bauträger zu fördern und die Allianz für den digitalen Gebäuderessourcenpass sowie die Nutzung von Building Information Modelling (BIM) in Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen.
- die laufenden Maßnahmen und Prozesse zum Abbau bürokratischer Regeln und zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren auch im Sinne der Transformation hin zur Kreislaufwirtschaft fortzuführen, z.B. durch Muster-Genehmigungen und zentralisierte Ansprechstellen.
- sich auf Bundesebene für die Entwicklung und Einführung verbindlicher Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe einzusetzen, um deren Marktzugang zu verbessern und Anwendungshemmnisse abzubauen.
- in der öffentlichen Beschaffung in Nordrhein-Westfalen darauf hinzuwirken, dass der Einsatz kreislauffähiger Produkte, Rezyklate und wiederverwendeter Komponenten gestärkt wird und zu prüfen, wie dies u.a. durch entsprechende Orientierungen in Ausschreibungen, Lebenszykluskosten-Betrachtungen und Schulungen für Beschaffungsverantwortliche möglichst bürokratiearm und effizient sowie ohne wesentliche Mehrkosten umgesetzt werden kann.
- bestehende Förderprogramme für Unternehmen und Kommunen in der Circular Economy fortzuführen, ggf. zu vereinfachen und zu prüfen, wie sie den Aufbau von Strukturen für zirkuläres Wirtschaften noch nachhaltiger gestalten können.
- die vorhandenen Informations- und Beratungsangebote fortzuführen und damit u. a. die Entwicklung und Nutzung digitaler Instrumente wie digitale Produktpässe, Materialdatenbanken und Tracking-Systeme für Stoffströme weiterhin zu unterstützen. Dabei sind insbesondere die Interessen von und Anwendbarkeit für Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) zu berücksichtigen.

- unter vertretbarem Aufwand zu prüfen, für welche weiteren Produktgruppen die Anwendung der Erweiterten Herstellerverantwortung angezeigt ist, um bereits im Produktionsprozess die Kreislauffähigkeit und Wiederverwendung von Produkten anzureizen, und sich auf EU-Ebene für die Einführung einzusetzen.
- sich in den Prozess des Aktionsplans RESourceEU“ aktiv einzubringen und die damit für die Kreislaufwirtschaft in Nordrhein-Westfalen verbundenen Chancen gezielt zu nutzen.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Dr. Jan Heinisch
Dr. Christian Untrieser

Wibke Brems
Verena Schäffer
Mehrdad Mostofizadeh
Michael Röls
Jan Matzoll
Dr. Volkhart Wille

und Fraktion

und Fraktion